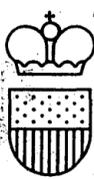


# Liechtensteiner Volksblatt



erschient Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### Wahlen für neue Zivilregierung in Honduras begonnen

Die allgemeinen Wahlen haben am Sonntag in Honduras begonnen. Monatlang politische Auseinandersetzungen und anhaltender Streik darüber, wie der neue Präsident ermittelt werden soll, war ihnen vorausgegangen. Neun Kandidaten bewarben sich um die Nachfolge von Präsident Roberto Suazo Cordova, dessen liberale Partei seit dem Rückzug des Militärs in die Kasernen im Jahr 1981 das Land regiert.

### Nationalistische Bombenleger verurteilt

In der südjugoslawischen Stadt Skopje sind sechs Männer zur Freiheitsstrafe zwischen fünf und 14 Jahren verurteilt worden, weil sie aus nationalistischen Motiven Bomben gelegt hatten. Das berichteten die Zeitungen am Sonntag. Nach Überzeugung des Gerichtes hatten sich die Männer zwischen 53 und 60 Jahren für eine «ethnisch reine» Republik Mazedonien eingesetzt, die von Jugoslawien abtrennen wollten. Daher hätten sie gegen Einrichtungen der auch in dieser Republik wohnenden Serben und Albaner Anschläge verübt. Das Gericht tagte unter Ausschluss der Öffentlichkeit, offenbar weil drei Angeklagte dem Sicherheitsdienst angehörten.

## Noch 70 Tage bis zur Wahl!

Heute hält die VU ihren Parteitag in Ruggell ab. Dabei soll das Programm «Metanand für unser Land» vorgestellt werden, nachdem der Slogan «So soll es bleiben» wieder in der Versenkung verschwunden ist. Die damals als Zierde verwendete Sonnenblume ist offenbar auch verwelkt, an ihrer Stelle prangt nun ein frischer Blumenstrauß. Blumen welken, Wahlslogans offensichtlich auch.

Der VU-Parteitag dient aber nicht nur der Vorstellung des Programms und der Landtagskandidaten, sondern auch der Abstimmung vom kommenden Wochenende. Der designierte Regierungsrat Dr. Peter Wolff wird über die Initiative und den VU-Gegenvorschlag «Gleiche Rechte für Mann und Frau» sprechen. Nach seiner Darlegung werden wohl alle die rechtlichen Bedenken ausgeräumt sein, die derzeit noch gegenüber dem verfassungsmässig recht zweifelhaft zustandekommene Gegenvorschlag bestehen.

Wer das Programm in seinen Grundzügen vorstellt, wird aus der Einladung nicht ersichtlich. Mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht Dr. Peter Wolff, da er mit dem «Metanand» Schwierigkeiten habe.

Eingeladen sind übrigens alle: Frauen und Männer, Junge und Ältere, Liechtensteiner und Nicht-Liechtensteiner. Der Saal muss einfach voll sein!



### Das neue Programm der FBP (V):

## Vor allem für unsere Familien!

«Kernzellen» unserer Gemeinschaft sollen in besonderer Weise gefördert werden!

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat die Familie als Kernzelle unseres Staatswesens zwar immer anerkannt, aber statt einer echten Familienpolitik gab es eine Reihe von teils wichtigen Einzelmassnahmen. Die FBP will die Familie wieder zu einem zentralen politischen Thema in unserem Land machen und alle staatlichen Massnahmen, die sich dafür eignen, zuerst an ihrer Familienreichtigkeit und Familienfreundlichkeit orientieren!

In diesem Sinne wird die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) - falls sie von den stimmberechtigten Frauen und Männern unseres Landes wieder in die Mehrheitsverantwortung berufen wird - im Bereich Familie neue politische Akzente setzen.

Alle staatlichen Massnahmen, die künftig gesetzt werden, sollen von Anfang an auf ihre Familienfreundlichkeit überprüft werden. Und bestehende Gesetze und Verordnungen sollen - ähnlich wie es im Zusammenhang «Gleiche Rechte...» postuliert wird - von Bestimmungen befreit werden, die dem Grundgedanken der Familienförderung nicht entsprechen.

### Unterstützung privater Initiativen

Es gibt heute nach wie vor eine ganze Reihe von privaten Institutionen, so z.B. die Vereine für Familienhilfe in den Gemeinden, die sich in den Dienst der Familien stellen und Leistungen erbringen, zu denen die öffentlichen Institutionen bei bestem Willen gar nicht fähig sind. Dies gilt insbesondere auch für die Hauskrankenpflege von jungen, pflegebedürftigen Familienmitgliedern und von unseren Betagten.

Der Staat macht es sich heute zu einfach, wenn er Pflegebedürftigen einfach Zimmer und Betten in entsprechenden Pflegeanstalten offeriert und diese über die Krankenkassen bezahlen lässt. Gewiss: das Krankenkassenobligato-

rium ist ebenso wichtig, wie die Bereitstellung von Pflegeplätzen für alleinstehende, betagte Mitmenschen.

Aber oft könnten Pflegefälle in der Familie selbst betreut und in vertrauter Umgebung versorgt werden, wenn die räumlichen, personellen und materiellen Voraussetzungen dazu gegeben wären. Deshalb setzt sich die FBP z.B. auch dafür ein, dass gesunde Familienangehörige, die pflegebedürftige Kinder, Eltern oder Anverwandte zu Hause betreuen, ebenso Anspruch auf finanzielle Unterstützung durch die Krankenkassen haben, wie wenn sich Pflegebedürftige in Spitälern begeben. Hausfrauen beispielsweise, die einen grossen Teil ihrer Zeit in die Pflege von Angehörigen investieren, die sonst in Heimen untergebracht werden, sollten dafür eine Entschädigung erhalten. Es darf nicht so weit kommen, dass Krankenkassen und Staat ausgerechnet mit jenen Mitbürgern Geld sparen, die ihre pflegebedürftigen Angehörigen daheim betreuen, anstatt sie in ein Heim zu bringen.

### Menschenwürdiger Lebensabend

In die gleiche Richtung geht ein weiteres, vordringliches Postulat des neuen FBP-Programms: die Garantie für unsere

älteren und betagten Mitbürgerinnen und Mitbürger, dass wir ihnen einen menschenwürdigen Lebensabend gewährleisten. Auch hier gilt es nach Meinung der FBP in erster Linie, die Betagtenhilfe und die private Nachbarschaftshilfe von seiten der öffentlichen Hand zu unterstützen ohne sie zu drigieren oder zu beeinflussen.

### Härtefälle und Sozialversicherung

Es gibt Mitmenschen, die ihr Leben lang unter besonders schweren körperlichen Bedingungen arbeiten mussten. Das Ergebnis: mancher und manche sind schon vor Erreichen des offiziellen Rentenalters körperlich verbraucht und «ausgelugt». Für diese Mitmenschen müssen wir eine neue Form der Übergangrente schaffen, die es ihnen erlaubt, rechtzeitig in den Ruhestand zu gehen, um den verdienten Lebensabend zu geniessen.

Die Zahnpflege und damit zusammenhängend, die Zahnarztkosten beschäftigen viele Familien in unserem Land. Es werden Lösungen angestrebt, um Härtefälle bei anfallenden Kosten für die Zahnpflege wirksam zu begegnen. - Viele Kinder aber werden bereits mit Zahnstellungs-Anomalien geboren. Bei diesen Kindern sind hohe Korrektur-Rechnungen von seiten der Zahnärzte vorprogrammiert.

Nach Meinung der FBP soll die Behandlung von angeborenen Zahnstellungs-Anomalien bei Kindern in Zukunft in vollem Umfange von der Invalidenversicherung (IV) übernommen werden. Die FBP sieht darin eine sinnvolle Einsetzung von Versicherungsleistungen für Prämiendeckung, die wir ohnehin zahlen müssen.

Familie und Soziales. Die FBP möchte auch in diesen Bereichen eine Politik anbieten, die mit Herz und Mut in die Zukunft weist: Im Interesse unserer Familien und des glücklichen Zusammenlebens von jung und alt!

Mit Herz und Mut für Liechtenstein



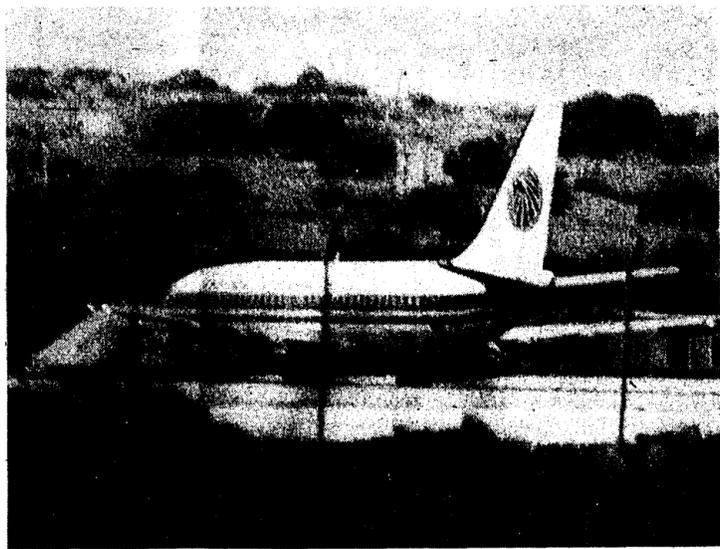
## Flugzeugentführung: Bisher sieben Todesopfer

Berichte nicht offiziell bestätigt - Ägyptisches Sonderkommando auf Malta

Valletta (AP) Luftpiraten, die sich selbst als «Ägyptische Revolutionäre» bezeichnen, haben in der Nacht zum Sonntag eine ägyptische Verkehrsmaschine auf dem Flug zwischen Athen und Kairo nach Malta entführt und Funkgesprächen mit dem Kontrollturm in Valletta zufolge bis zum Mittag sieben Menschen getötet. Für die Zahl der Todesopfer gab es jedoch keine offizielle Bestätigung. Ein maltesischer Regierungssprecher sprach nur von einer mit Sicherheit toten Frau und einem weiteren Körper, der unter der Maschine auf dem Flugfeld liege. Man wisse aber nicht, ob es sich um einen Toten oder Verwundeten handle. Wie aus Valletta am Sonntag weiter verlautete, haben die Entführer nach der Landung 14 ihrer dem Vernehmen nach rund 100 Geiseln von Bord gehen lassen, darunter zwei Verletzte, die in ein Krankenhaus gebracht wurden.

Ägypten hat eine Spezialeinheit nach Valletta entsandt, die jedoch bis zum frühen Nachmittag offenbar nicht in Aktion getreten ist. Augenzeugen vom Flugplatz in Valletta zufolge hielten sich nur fünf mit automatischen Waffen ausgerüstete Personen in der Nähe der ägyptischen Boeing 737 auf. Die Luftpiraten fordern das Auftanken der Maschine und haben gedroht, jede Stunde einen Passagier zu schiessen, bis ihre Forderung erfüllt sei. Die maltesische Regierung will Treibstoff aber nach Angaben eines Regierungssprechers erst dann zur Verfügung stellen, wenn alle Passagiere freigelassen sind.

Über weitere Forderungen der Luftpiraten, bei denen es sich nach Angaben der freigelassenen Ägypterin Lauretana Chafek um drei Männer handeln soll, war



Sieben Todesopfer forderte eine Flugzeugentführung, zu der sich Luftpiraten mit der Bezeichnung «Ägyptische Revolutionäre» bekannten. Die Maschine (unser Bild) wurde auf dem Flug zwischen Athen und Kairo nach Malta entführt.

zunächst nichts bekannt. Die Entführer sollen mit Handfeuerwaffen und einer Handgranate ausgerüstet sein.

Unter den Insassen der Maschine sollen sich sieben ägyptische Besatzungsmitglieder, 43 ägyptische Passagiere sowie 21 Filipinos, 17 Griechen, zwei Israelis und mindestens zehn Menschen unbekannter Nationalität, darunter offenbar Amerikaner, befinden. Der ägyptische Staatpräsident Hosni Mubarak kam am Sonntag morgen mit führenden Mitgliedern seines Kabinetts zu einer Krisensitzung zusam-

men. Danach wurde nach Auskunft aus Kreisen der Sicherheitsbehörden die ägyptische Wehrmacht in Alarmbereitschaft versetzt und damit begonnen, Einheiten in Richtung der Grenze zu Libyen in Marsch zu setzen. Radio Kairo meldete, die Strasse zwischen Kairo und Alexandria sei aus «technischen Gründen» für den Zivilverkehr gesperrt worden. Wie die Gewährsleute mitteilten, verdächtigt die ägyptische Regierung, Libyen als Drahtzieher hinter der Entführung der Boeing 737 von Athen nach Malta zu stecken.

## Sport vom Wochenende

### Aktion pro Ski 86: Ein grosser Erfolg

Auch dieses Jahr wurde der Abschlussabend der Aktion pro Ski zur Nachwuchsförderung im alpinen und Langlauf-Bereich ein grosser Erfolg. Der 17. Abschlussabend fand im Gampriner Gemeindesaal statt. Höhepunkte waren die Losziehungen und die Laudatio zur Verabschiedung von Ursula Gregg-Konzett.

### FC Vaduz und FC Balzers konnten punkten

Im elften Anlauf schaffte Vaduz im Heimspiel gegen Altstätten endlich den längst fälligen Sieg - 2:1 (1:1) - in einer intensiv geführten Partie. Vaduz erstmals mit Remigius Kindle. Nur knappe acht Minuten vor Schluss kassierte der FC Balzers in Frauenfeld den Ausgleichstreffer zum 2:2 (0:2) in einem etwas faden Spiel. Nach einer langen punktelosen Phase ergatterten die Balzer im Kampf gegen den Abstieg somit einen wichtigen Punkt.

Die ausführlichen Berichte finden Sie im Sportteil dieser Ausgabe.

## Herzchirurg Barnard befürwortet Sterbehilfe

(spk/dps) Zu passiver und aktiver Sterbehilfe hat sich der südafrikanische Herzchirurg Professor Christiaan Barnard in Frankfurt bekannt. Zum Abschluss des Europäischen Kongresses für humanes Sterben sagte der Arzt vor mehreren hundert Teilnehmern der Tagung, er schäme sich nicht, einzugestehen, dass er wiederholt passive Sterbehilfe geleistet und dafür niemanden um Entschuldigung gebeten habe. Auch seiner Mutter habe er zu einem würdigen Tod verholfen.

Zuvor hatten zwei junge Männer versucht, die Rede des Herzspezialisten zu verzögern. Sie warfen Barnard vor, sich für die Euthanasie entschieden zu haben und kranken Menschen nicht mit der modernen Medizin zu helfen. Barnard erwiderte, Sterbehilfe habe nichts mit den Vorkommnissen in deutschen Konzentrationslagern während des Nationalsozialismus zu tun. Allerdings verstehe er nicht, dass auf den Schlachtfeldern noch immer junge, gesunde Menschen in den Tod geschickt würden und Verteidigungshaushalte grösser ausgestattet seien als die Etats für Fürsorge und Sozialwesen. Gleichzeitig lehnte der Facharzt die «barbarische Angewohnheit» von Todesurteilen «auch in meinem eigenen Land» ab.

Barnard begründete sein «Ja» zur Sterbehilfe mit dem Hinweis, dass der Arzt nicht Leben verlängern, sondern nach der Qualität des Überlebens fragen müsse. «Deshalb sollten wir versuchen, Leiden zu vermeiden, so gut wie wir können.»

## Auf und Ab beim Genfer Gipfel

(spk/dpa) Beim Gipfel in Genf zwischen Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow ging es, wie etwa während der Diskussion über die geplante amerikanische Raketenabwehr im Weltraum (SDI), nicht nur sehr lebhaft zu. Die Gespräche waren nach Angaben der «Washington Post» vom Samstag zweimal an einen toten Punkt angelangt und seien nur durch Initiativen des Präsidenten und des Parteichefs wieder flott gemacht worden.